

Es wird Zeit, auch einmal nein zu sagen

Wo soziale Beherrschbarkeit zur Lebenslüge werden kann*

Dr. Detlef Hensche, geb. 1938, studierte Rechtswissenschaften in Bonn. Nach dem Studium war er wissenschaftlicher Assistent in Bonn, ab 1969 wissenschaftlicher Referent am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) des DGB. Von 1971 bis 1975 leitete er die Abteilung Gesellschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand. Er ist seit 1975 Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstandes der Industriegewerkschaft Druck und Papier und seit Oktober 1983 deren stellvertretender Vorsitzender.

Lauter Fortschrittsfreunde

Bekenntnisse zum technischen Fortschritt sind wohlfeil: „Wir können uns von der technologischen Entwicklung nicht abhängen.“ „Die ... Technik kommt, ob wir wollen oder nicht.“ „Wir sind keine Maschinenstürmer.“ Diese und andere Zitate spiegeln einen gesellschaftlichen Grundkonsens wider, nämlich das allgemeine Bekenntnis zum technischen Fortschritt. Neuerdings mahnen Gewerkschafter, nicht immer von den Gefahren neuer Techniken zu reden.

Schaut man genauer hin, zeigen sich bis in die Sprache hinein typische Versatzstücke. Technische Veränderungen firmieren unter dem Sammelbegriff der „technischen Entwicklung“. Die Technik entwickelt sich eben - als wäre sie ein selbsttätiger, naturwüchsiger Prozeß. Mehr noch, sie entwickelt sich zielgerichtet zum Fortschritt hin. Derartige Erklärungsmuster schirmen technische Veränderungen gegen Kritik ab. Wer möchte schon gegen den Fortschritt sein? Der Kritiker erntet zum Spott auch noch die Beweislast.

Technik und Interesse: Gemacht wird, was Profit verspricht

Technik schreitet nicht, sie schreitet auch nicht fort. Es sind vielmehr Menschen, die jeden Prozeß der technologischen Entwicklung vorwärtstreiben. Sie tun dies nicht um der Technik willen, sondern um Interessen zu befriedigen; in „der Wirtschaft“ das Interesse an höchstmöglichen Gewinnen. Was auch immer in Produktionsstätten, Büros und Verwaltungen an technischen Veränderungen bewirkt wird, dient - salonfähig formuliert - der „Verbesserung der Produktion“. Genauer

* Der folgende Artikel ist die überarbeitete und ergänzte Fassung eines Beitrages für eine Technologiepolitische Tagung des DGB-Landesbezirks Berlin.

gesagt geht es um Kapazitätsausweitung oder Kostensenkung - und noch genauer um die Gewinne. Die Rentabilität des eingesetzten Kapitals soll erhalten und gesteigert werden. Alles andere wäre im übrigen mit den Gesetzmäßigkeiten einer marktwirtschaftlichen Ordnung nicht vereinbar. Ein Unternehmen, das sich in Forschung, Entwicklung, Investitionsverhalten und Produktplanung vom dominierenden Maßstab der Gewinnsteigerung abkoppeln wollte, wäre zum Untergang verurteilt. Zwar hört man in Sonntagsreden ausgerechnet von Unternehmern und ihren marktwirtschaftlichen Propheten, es gehe zum Beispiel bei der Nutzbarmachung neuer Informationstechniken um so hervorragende Ziele wie ein pluralistisches Informationsangebot, um Dezentralisierung von Entscheidungen und um menschen- und familiengerechte Arbeitsplätze. Unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten sind das Aussteigerparolen. Glücklicherweise handeln diese Sonntags-Aussteiger montags wieder unternehmerisch. Wäre es anders, würden es die Aktionäre bald übel vermerken.

Forschungsziele

Das beherrschende Ziel der privaten Gewinnsteigerung bestimmt die Investitionsentscheidung ebenso wie die Forschung und Entwicklung, auch in staatlichen Einrichtungen. Für die Auftragsforschung versteht sich das von selbst. Nichts anderes gilt für die öff entlich geförderte Forschung. Seit es in der Bundesrepublik eine staatliche Forschungsförderung gibt, erfüllt sie in erster Linie den Zweck, im Interesse wirtschaftlicher Verwertbarkeit solche Technologien zu fördern, deren Entwicklung angesichts des Forschungsaufwandes von Privatunternehmen nicht geleistet werden kann. Bezeichnenderweise hieß der Vorläufer des Forschungsministeriums Atomministerium. Andere Forschungszweige - wie etwa die Humanisierung der Arbeit - erfüllen, vergleicht man die Förderungsbeträge, eher eine Alibifunktion, womit gegen die Fortsetzung und Verbesserung dieses Zweiges der Forschungsförderung nichts gesagt sein soll. Lediglich ein Politikbereich hat seine Eigenständigkeit behauptet und Prioritäten zu setzen vermocht, wenn auch nicht ohne Nutzen für private Unternehmer: die Rüstungsforschung. Bestimmte Schlüsseltechnologien, beispielsweise der Computer, wurden in ihren Anfängen zuallererst zum Zwecke der militärischen Verwendbarkeit erforscht und entwickelt.

Es zeugt daher von einem bemerkenswerten Maß an Realitätsverlust, wenn immer wieder so getan wird, als stünden wir vor einem unaufhaltbaren Zug der Technik, der gleichsam aus dem Nichts daherkommt, und auf den man nur noch schleunigst aufzuspringen habe, um wenigstens mitgestalten zu können. Dabei wird schlicht ausgeblendet, daß es keine der heute politisch umstrittenen Technologien gibt, die nicht von den ersten Forschungsanfängen an mit Millionen- und Milliarden-Aufwand aus öffentlichen Mitteln gefördert worden wären. Ohne jene Förderung und ohne öffentliche Investitionen gäbe es weder Kernkraftwerke, Breitbandkabel noch Satelliten. Die Politik setzt daher nicht erst ein, wenn – um

im Bilde zu bleiben - das Publikum den Zug staunend vorbeifahren sieht. Politik stand schon am Beginn der Wegstrecke; Politik schob den Zug erst an. Insofern ist es auch sprachlich irreführend, wenn es aus gewerkschaftlichem Munde hin und wieder heißt, die technische Entwicklung müsse endlich politischer Steuerung unterworfen werden. Als ob nicht bisher schon gesteuert worden wäre! Allerdings nicht im Interesse der abhängig Beschäftigten.

Gewerkschaften und Technik

Dennoch haben die Gewerkschaften bis auf den heutigen Tag ein im Grunde positives Verhältnis zum technischen Wandel. Als beispielsweise in den USA das Fließband eingeführt wurde, fand diese Produktionsmethode nicht zuletzt unter deutschen Gewerkschaftern Befürworter. In den fünfziger und sechziger Jahren haben die Gewerkschaften die friedliche Nutzung der Atomkraft als zukunftsweisend begrüßt. Hinzu kam in den eineinhalb Jahrzehnten nach Gründung der Bundesrepublik, daß das ungeahnte Wirtschaftswunder nicht nur technische Neuerungen, sondern auch die Wirtschaftsordnung insgesamt vor Kritik bewahrte.

Erst gegen Ende der sechziger Jahre, nach dem ersten Schock der wirtschaftlichen Krise, kamen Zweifel auf. Wenn heute der - mißverständliche - Begriff der „technologischen Arbeitslosigkeit“ Verbreitung findet, so signalisiert dies ein gewandeltes Technikverständnis. Auch andere Themen unserer Zeit wie Umweltschutz und Humanisierung der Arbeit wären nicht zu verstehen ohne die Erfahrung, daß moderne Techniken und Produktionsverfahren neuartige Belastungen und Risiken mit sich bringen.

Verweigerung?

Die Umweltzerstörung hat inzwischen Protestbewegungen auf den Plan gerufen, die für radikale Lösungen eintreten und den Ausstieg aus bestimmten Großprojekten wie Kernkraftwerken und anderen zweifelhaften Vorhaben fordern. Darüber hinaus verbinden sich moderne Einsichten in das Gefahrenpotential neuer Technik hier und da mit alter (klein-bürgerlicher Zivilisationskritik. Seitdem sich gar die Grünen als Partei und Parlamentsfraktion etabliert haben, scheinen die Unternehmer und ihre Ideologen nichts mehr zu fürchten als ein Überschwappen jener Verweigerungshaltung. „Akzeptanz“ ist neuerdings ein beliebtes Kongreßthema und ein Schlagwort der Einführungsstrategie. Aussteiger und Verweigerer werden in völliger Verkehrung der realen Verhältnisse für Arbeitsplatzgefährdungen verantwortlich gemacht.

Die soziale Beherrschung: das gewerkschaftliche „Ja, aber“

Doch nach wie vor sind die Gewerkschaften von einer Verweigerungshaltung weit entfernt. Der Technikoptimismus früherer Zeiten hatte Gründe:

- Im Zuge der Mechanisierung und Automatisierung konnte körperlich schwere Arbeit überwunden werden. Das war aus der Sicht der Arbeitnehmer zweifellos ein Fortschritt.
- Bestimmte Formen der Arbeitsorganisation und -Verteilung haben eine Massenfertigung beschleunigt, die den Arbeitnehmern erstmals die Teilhabe an vielen Konsumgütern verschaffte. Ohne die Durchgangsstufe¹ jener heutzutage zu Recht als inhuman gescholtenen Produktionsbedingungen wären möglicherweise Auto, Kühlschrank, Fernseher für jedermann noch lange ein Traum geblieben.
- Technologische Veränderungen bewirken schließlich eine Steigerung der Produktivkraft. Und deren Ergebnis würde in einer sozialistischen Wirtschaft und Gesellschaft letztlich den Arbeitern und Angestellten wieder zugute kommen. Technische Entwicklung, auch Rationalisierung, wurde begriffen als Begleitschiene auf dem Weg zur Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Nun mag man darüber streiten, ob jene Gründe auch heute noch in aller Unschuld vorgetragen werden können:

- Immerhin sind an die Stelle körperlicher Beanspruchungen Streß und nervliche Belastung getreten.
- Die serienmäßige Produktion erschwinglicher Konsumgüter stößt auf verbreitete Konsum- und Wachstumskritik.
- Auch wird es bis zum Heimfall der Produktionsmittel an das Volk vermutlich noch ein Weilchen dauern.

Trotz alledem wäre es falsch und politisch borniert, sich vom technischen Wandel abzuschotten. Die weitere Hebung der Produktivkräfte ist aus der Sicht der Arbeiter und Angestellten prinzipiell sinnvoll und notwendig. Weder können sich die Gewerkschaften der modischen Konsumkritik der besseren Kreise anschließen, solange immer noch Arbeitnehmerhaushalte millionenfach von wesentlichen Konsumchancen ausgeschlossen sind und solange neuerdings immer mehr Menschen wieder in Armut gestoßen werden. Noch können wir angesichts der gigantischen Aufgaben gesellschaftlicher Bedarfsdeckung hierzulande und in der dritten Welt, namentlich der Überwindung des Hungers, auf eine Steigerung der Produktion und Produktivkräfte verzichten.

Zutreffend lautet die gewerkschaftliche Antwort daher nicht Ablehnung, sondern soziale Beherrschung; mit unterschiedlicher Courage als „ja, aber“ oder „nein, wenn nicht“ vorgetragen. Doch auch das mutigere „nein, wenn nicht“ bleibt eine rhetorische Formel, wenn das Nein in der praktischen Politik trotz Nichteintritt der Bedingung ausbleibt. Im gleichen Zuge droht die Forderung nach sozialer Beherrschung zur magischen Formel zu gerinnen; es genügt, daß man sie ausspricht. Jüngst tauchte sie im Geschäftsbericht zu einem Gewerkschaftstag gar als Wundermittel gegen Monopole auf: wirtschaftliche Konzentration müsse sozial

beherrschbar sein. Mit Verlaub, wirtschaftliche Konzentration ist zu verhindern - sagen sogar die Liberalen. So wird eine politisch sinnvolle Forderung zum Allermittelsmittel, das nichts mehr aussagt.

Wie neutral ist die Technik?

Der Begriff der sozialen Beherrschbarkeit befreit uns nicht von der Vorfrage, unter welchen Bedingungen neue Techniken beherrscht werden können. Zum Beispiel: Reicht die Erfüllung ergonomischer Anforderungen? Genügt die Mitbestimmung des Betriebsrats? Müssen bereits bei der politischen Weichenstellung der Forschung und Entwicklung demokratische Kontrolle und sozialer Einfluß gegeben sein? Sind bestimmte Technologien so sehr systemverwoben und ausschließlich durch ihren Zweck der Kapitalverwertung bestimmt, daß sich die Frage nach einer anderweitigen, nämlich sozial und gesellschaftlich sinnvollen Nutzung gar nicht mehr stellt? Überwiegen die Risiken, so daß bestimmte Techniken gar nicht beherrschbar sind, gleich unter welchen politischen Rahmenbedingungen?

Im Hintergrund der gewerkschaftlichen Haltung, vom ursprünglichen Optimismus bis zum Zeigefinger der sozialen Beherrschung, steht von Anbeginn an die Vorstellung von der neutralen Technik. Bekannt ist das Bild vom Messer, das in der Hand des Arztes Segensreiches bewirkt, in der Hand des Mörders jedoch zur tödlichen Waffe wird. Die Technik selbst gilt als neutral. Es seien nur die Rahmenbedingungen zu ändern, unter denen sie eingesetzt wird. Ein und dieselbe technische Entwicklung, etwa die elektronische Datenverarbeitung, könne, nach kapitalistischem Kosten-Nutzen-Kalkül eingesetzt, zur Geißel werden; sie könne im Interesse der Arbeitnehmer dagegen Arbeitszeitverkürzungen, Qualifikationschancen und menschengerechte Arbeitsbedingungen möglich machen.

So eingängig das Bild der neutralen Technik auch ist - es ist nur die halbe Wahrheit. Der einfache Gebrauchsgegenstand, das einfache Werkzeug, lassen sich in der Tat vielfältig nutzen. Beim Messer ist es zulässig, das Instrument vom Zweck zu trennen. Beim Panzer beispielsweise nicht; er dient nur einem Zweck: dem Töten und Vernichten. Ein anderes Beispiel: Wenn der Bundespostminister die Republik mit einem breitbandigen Verteilnetz verkabeln läßt, so nicht zu dem Zweck, daß die Großmutter endlich mit ihren Enkeln per Bildfernsprecher telefonieren kann. Dies kann das derzeit verlegte Verteilnetz ebensowenig leisten, wie etwa die Verwendung des Panzers zum Ernteeinsatz sinnvoll wäre. Zweck der heutigen Verkabelung ist es, private Unternehmer an den Trog des elektronischen Werbegeschäfts zu lassen. Es geht ausschließlich darum, privatwirtschaftliches Fernsehen einzuführen.

a) Soziale Beherrschung und Zweckbestimmung

Zwar ist es abstrakt möglich, das Instrument vom Zweck zu trennen. Doch was gedanklich möglich ist, bestimmt darum noch keineswegs die Realität. Es gibt

nicht die Maschine schlechthin und die technische Neuerung an sich. Was für das Messer zutreffen mag, gilt schon nicht mehr für das Werkzeug auf einer höheren Stufe der Komplexität und erst recht nicht für die Großtechnologie. Technik und Anwendungszweck gehören zusammen; schon in der Forschung, erst recht in der betrieblichen Installation.

Das schließt selbstverständlich nicht aus, daß neue Techniken, obwohl zur Hebung der Kapitalrendite erforscht und investiert, nicht auch anderweitig einsetzbar wären, zum Nutzen der Arbeiter und Angestellten. Die entsprechenden Forderungen der Gewerkschaften zielen daher vor allem auf Mitbestimmung, auf tariflich normierte Arbeitsbedingungen und auf Arbeitszeitverkürzung. Die Gewerkschaften fordern mit anderen Worten Rahmenbedingungen, die es erlauben, den Technikeinsatz sozialen Zwecken, nämlich den Interessen der abhängig Beschäftigten zu unterwerfen. Dies setzt freilich voraus, daß die eigenen Zwecke überhaupt durchsetzbar sind und daß sich die Technik nicht gegenüber sozialen Interessen als immun erweist.

Schon die Betrachtung der unterschiedlichen Ebenen zeigt, wie wichtig diese Voraussetzung ist. Bei der Anschaffung von Schreibtischen kann der Betriebsrat, ausgestattet mit ergonomischen Kenntnissen, wirksame Kontrolle ausüben. Bei der Förderung und dem Ausbau zentraler Datenbanken kann der Betriebsrat der zugriffswüligsten Firma über Inhalte, Vollständigkeit und Systematik der gespeicherten Daten dagegen nicht mehr mitbestimmen. Die Entscheidung ist bereits gefallen, in der Regierung oder beim Datenbankbetreiber. Hier ist politischer Einfluß gefordert, nicht zuletzt auf die Forschungspolitik. Wird er verweigert, wird die soziale Beherrschbarkeit zum illusionären Schlagwort.

Vollends zeigen sich die Grenzen der sozialen Beherrschung, wenn Technologie und technische Systeme so mit ihrem Zweck zusammenfallen, daß die Durchsetzung konkurrierender sozialer Zwecke ausgeschlossen ist. Vom derzeit verlegten breitbandigen Verteilnetz war bereits die Rede. Dasselbe gilt für den gleichfalls milliardenschweren Betrieb direktstrahlender Satelliten. Beide technischen Systeme erfüllen ausschließlich den Zweck, die Schlacht um den Rundfunk zugunsten kommerzieller Veranstalter zu schlagen. Unter diesen Umständen ist es müßig, über die Frage sozialer Beherrschbarkeit nachzusinnen. Weder Mitbestimmung und Redaktionsstatute noch eine optimale pluralistische Zusammensetzung von Kontrollgremien würden vom Diktat der hohen Einschaltquoten befreien und damit ein qualitatives Umschlagen unseres gesamten Rundfunkwesens verhindern. Natürlich werden die Gewerkschaften um Mitbestimmung und Redaktionsstatute kämpfen. Als „soziale Beherrschung“ lassen sich derartige Kontrollversuche innerhalb des Kommerzfunks jedoch nicht mehr kennzeichnen, jedenfalls nicht, wenn man den Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ernst nimmt. Deshalb ist es nur konsequent, für einen Verkabelungsstopp einzutreten und den Betrieb von direktstrahlenden Satelliten abzulehnen.

Neue Telekommunikationsdienste machen neue Formen der Heimarbeit möglich. Derartige Telearbeitsplätze werden von einigen als Gipfel der Humanisierung gepriesen. Im Grunde geht es darum, Büroarbeit auszulagern und eine schlecht bezahlte, je nach Auftragslage einsetzbare Arbeitskraftreserve zu bilden. Von sozialer Beherrschung kann nicht mehr die Rede sein. Wie sollte sie auch möglich sein? Selbst bei der Verabschiedung gesetzlicher Mindestnormen überwiegen die weitreichenden Nachteile in einem Maße, daß es hier ebenfalls nur eine Antwort geben dürfte: Elektronische Heimarbeitsplätze müssen verhindert werden.

Dieselbe Technik erlaubt es, Arbeitsvollzüge des Dienstleistungssektors auf den Kunden zu verlagern. Man denke beispielsweise an Fernbestellungen, Fern-einkauf, Fernbuchungen. Sollten Bildschirmtext und der Abruf von Werbespots per Glasfaserkabel Wirklichkeit werden, so mag es bequem sein, manche Besorgung des täglichen Lebens vom Wohnzimmeressel aus vornehmen zu können. Erkauft wird dies alles durch massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen und durch fortschreitende soziale Isolation. Der Kontakt zur Außenwelt, die Erfahrung gesellschaftlicher Wirklichkeit gerinnt zur breitbandvermittelten elektronischen „Kommunikation“ mit der Datenbank. Sozial beherrschbar? Wohl kaum.

b) Soziale Beherrschbarkeit und Störanfälligkeit

Um das Messer sozial zu beherrschen, reichen Strafgesetze und staatliche Ordnungskräfte aus. Daß die derzeitigen Atomwaffensysteme politisch beherrschbar seien, wird dagegen von kompetenter Seite plausibel bestritten. Gefragt ist nach der Störanfälligkeit. Wenn die Formel von der sozialen Beherrschung Sinn haben soll, muß ein Mindestmaß an Verlässlichkeit gegeben sein.

Nach diesem Maßstab sind beispielsweise Personalinformationssysteme nicht beherrschbar. Die Minimalforderung nach Mitbestimmung ist zwar verständlich (nebenbei: was wollen wir nicht alles mit der Mitbestimmung erreichen?). Doch die Gefahr der Durchsichtigkeit und Funktionalisierung des Menschen, die Gefahr des Mißbrauchs, des unkontrollierbaren Eindringens in verbotene Zonen ist durch Mitbestimmung nicht auszuschließen. Auch bei anderen Besitzverhältnissen werden Personalinformationssysteme nicht beherrschbar. Deshalb kann es nur eine Antwort geben: ein Verbot, ohne wenn und aber.

Ein anderes Beispiel bietet die geplante Vernetzung der Kommunikations- und Informationsdienste. Das dadurch entstehende Informationssystem hätte eine ganz andere Qualität als die zur Stunde getrennten Netze und Wege, vom Rundfunk bis zum Telefon und zum Datenaustausch. Alles zusammenlegen bedeutet, die individuelle Nutzung eines Dienstes der totalen Kontrolle zugänglich zu machen. Die Gestapo-Überwachung wäre harmlos dagegen. Die Vernetzung in einem dienstintegrierten Glasfasernetz ist schlechthin nicht beherrschbar. Deshalb ist

die, gleichsam in großer Koalition befürwortete, Glasfaserverkabelung zur Bewältigung und Aufnahme aller Nutzungen und Dienste ein unverantwortliches Abenteuer, das es zu verhindern gilt - gleich unter welcher politischer Konstellation.

Seit Jahren werden elektronische Datenbanken ausgebaut. Sie sollen der interessierten Fachwelt, später auch jedermann den Zugang zum „kompletten Wissen unserer Zeit“ vermitteln. Gegenwärtig läuft es darauf hinaus, daß jeweils spezialisierte Datenbanken wissenschaftlicher Einrichtungen oder - zunehmend - kommerzieller Betreiber gefördert werden. Ist jemals bedacht worden, welche Gefahr mit einer solchen Monopolisierung des Wissens einhergeht? Wenn in diesem Zusammenhang auch noch vom Weg in die Informationsgesellschaft geredet wird, läßt sich das nur noch mit Humor ertragen. Auch hier dürfte es illusionär sein, ein auf mittlere Sicht entstehendes Informationsmonopol sozial beherrschen zu wollen. Derartige Monopole müssen vielmehr verhindert werden.

Vom Totschlag-Argument des internationalen Wettbewerbs

Wir wissen es: Wer „nein“ sagt, koppelt sich vom Weltmarkt ab. Mit diesem Argument wandelten sich schon immer etwa die Interessen des Hauses Siemens und der Deutschen Bank in nationale Interessen. Doch warum eigentlich „wir“ (wer ist das?) die flächendeckende Anlage eines breitbandigen Verteilnetzes oder die dienstintegrierende Glasfaserverkabelung brauchen, welchen Anschluß „wir“ verpassen, wenn Ferneinkauf und Fernbestellung nicht möglich wird, bleibt das Geheimnis derer, die es behaupten. Auf diesen Feldern des Dienstleistungssektors steht ohnehin keine Verdrängung durch internationale Konkurrenz ins Haus.

Im übrigen muß die Frage erlaubt sein, ob es im Sinne einer *volkswirtschaftlichen* Kosten-Nutzen-Rechnung vertretbar ist, Milliardenbeträge aus Steuermitteln und Posteeinnahmen zum Beispiel für eine Satellitentechnik zu verschleudern, die im internationalen Wettbewerb bestenfalls zwei bundesdeutschen Firmen und einigen hundert bis tausend Arbeitsplätzen eine fragwürdige Zukunft sichert (nicht zuletzt auf militärischem Feld), während ein Vielfaches an Arbeitsplätzen und gesellschaftlichem Fortschritt möglich wäre, wenn dieselben Mittel beispielsweise für die Entwicklung alternativer Energiequellen aufgewandt würden. Es ist daher an der Zeit, vorsichtiger mit dem Fetisch „Modernisierung“ umzugehen.

Sagen wir getrost auch einmal nein! - Wo bleibt das optimistische Zukunftsbild?

Wo soziale Beherrschbarkeit nicht möglich oder gar unsinnig ist, sollten andere gewerkschaftliche Maßnahmen nicht tabu sein. Der Hauptvorstand der IG Druck und Papier hat die Arbeitnehmer aufgerufen, sich nicht an die derzeit verlegten Breitbandkabel anschließen zu lassen. Sicher sind von einem Boykottaufruf allein noch keine Wunder zu erwarten. Doch ein solcher Beschluß signalisiert ein gewan-

deltes Verständnis von den technischen Gefahren, das geeignet wäre, langfristig aus einer gewissen Ohnmachtshaltung zu befreien. Daß ein Boykott im Einzelfall auch Erfolg haben kann, hat das Volkszählungsurteil bewiesen.

Es geht nicht um eine völlig neue Politik, schon gar nicht um einen generellen Ausstieg aus der Technik. Aber ein kritischeres Grundverständnis ist vonnöten. Es soll zugleich verhindern, daß die Gewerkschaften sich für eine blinde Unterstützung des „technischen Fortschritts“ vereinnahmen lassen. Es soll Raum geben zur vorurteilsfreien Prüfung der Frage, ob es sich wirklich um Fortschritt handelt. Damit soll nicht etwa dem idealistischen Traum Vorschub geleistet werden, als genüge die richtige Theorie - und schon hätten wir auch eine andere, erfolgreiche Politik. Gedankliche Klarheit ist jedoch eine wichtige Voraussetzung für wirksame Korrekturen und erfolgreiche Abwehr unsozialer Folgen, im Betrieb wie in der Politik. Schließlich geht es auch um die eigene Glaubwürdigkeit. Sie kann gebieten, im Einzelfall auch nein zu sagen, statt sich mit fadenscheinigen Begründungen auf faule Kompromisse einzulassen.

Neuerdings hören wir die Mahnung, nicht immer alles zu verteufeln. Der fröhliche Optimismus ist gefragt; etwa um für Angestellte und für Angehörige der technischen Intelligenz attraktiv zu werden. Daran ist soviel richtig, daß wir allein bei der Kritik nicht stehenbleiben dürfen. Zur Zeit besetzt die konservative Ideologie ein Zukunftsfeld nach dem andern. Wer demgegenüber lediglich Bestehendes verteidigt und sauerböfisch nein sagt, dem gehört nicht die Zukunft. Deshalb ist es notwendig, aus der Defensivhaltung herauszukommen. Das kann allerdings nicht bedeuten, nunmehr die Einsicht in bestehende Gefahren zu verdrängen und das zu bejahen, was uns von anderer Seite vorgesetzt wird - gegen unsere Interessen. Wichtig ist vielmehr, positiv aufzuzeigen, für welche Welt wir kämpfen, welches Leben, welche Gesellschaft wir für uns und unsere Kinder verwirklichen wollen. Gefragt ist eine konkrete Utopie, auch als Leitbild des gewerkschaftlichen Umgangs mit der Technik, einschließlich der notwendigen Alternativen zur derzeit herrschenden Technikanwendung.